

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 4

Artikel: Die Weltordnung gerät aus den Fugen

Autor: Lezzi, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-772513>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Weltordnung gerät aus den Fugen

Die internationale Spannungslage bildete eine düstere Kulisse für die 54. Münchner Sicherheitskonferenz. So konfrontierte etwa Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu Iran mit unverhohlenen Kriegsdrohungen. Und für einen konstruktiven Dialog zwischen den USA und Russland liess sich kaum eine gemeinsame Basis erkennen.

Bruno Lezzi

«To the Brink – and Back?» Allein schon der Titel des zur Eröffnung der 54. Münchner Sicherheitskonferenz publizierten Lageberichts zeigt, wie ernst deren Vorsitzender, Botschafter Wolfgang Ischinger, die gegenwärtige strategische Situation einschätzt. Es werde sich wohl bald erweisen, ob es gelingen könne, sich wieder vom Abgrund möglicher gefährlicher militärischer Verwicklungen wegzubegeben, meinte Ischinger in seiner Grussbotschaft an die in grosser Zahl anwesenden Staats- und Regierungschefs, Aussen- und Verteidigungsminister sowie an weitere Schlüsselpersonlichkeiten aus Streitkräften, Wirtschaft und Wissenschaft. Dieser Anlass fand traditionsgemäss im Hotel «Bayerischer Hof» statt, das von einem grossen Polizeiaufgebot gesichert wurde.

Aus dem – wie üblich – sehr reichhaltigen Programm kristallisierten sich drei Themenbereiche heraus, die auf das hauptsächliche Interesse der Teilnehmerenschaft stiessen: die europäische Verteidigung und das transatlantische Verhältnis, der Konflikt mit Nordkorea unter

nuklearen Vorzeichen und das Kräftespiel im Nahen und Mittleren Osten.

Fehlende Strategie der EU

Die immer wieder erhobenen Forderungen nach vermehrten militärischen Anstrengungen der EU waren unüberhörbar und boten während der ganzen Konferenzdauer Anlass für Diskussionen. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gab sich forciert optimistisch und erklärte, dass die europäische

«Die immer wieder erhobenen Forderungen nach vermehrten militärischen Anstrengungen der EU waren unüberhörbar und boten während der ganzen Konferenzdauer Anlass für Diskussionen.»

Verteidigungsunion mit der gegen Ende 2017 beschlossenen Ständigen Strukturierter Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) aus der Taufe gehoben worden sei. Dabei liess sie aber keine Zweifel an der ungebrochenen Bedeutung der NATO und der transatlan-

Cybersecurity Roundtable.

tischen Bindungen aufkommen. In ähnlicher Weise äusserte sich auch Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly.

Beide Politikerinnen liessen allerdings durchblicken, dass noch ein weiter Weg zu beschreiten sei. Während Parly das Fehlen einer gemeinsamen strategischen Kultur bemängelte, vermisste von der Leyen einheitliche aussenpolitische Vorstellungen und regte an, sich Gedanken über eine PESCO im Bereich der Aussenpolitik zu machen. Obschon Jens Stoltenberg, Generalsekretär des Bündnisses, die europäische Initiativen prinzipiell begrüsstete, warnte er davor, Doppelstrukturen zu bilden. Ins selbe Horn stiess der ehemalige Oberste Befehlshaber der NATO in Europa (SACEUR), der frühere amerikanische Admiral James G. Stavridis. Seiner Ansicht nach wäre es falsch, im Rahmen der EU neue Kommandostrukturen aufzubauen.

Die britische Premierministerin Theresa May warb trotz bevorstehendem EU-Austritt für eine enge Sicherheitspartnerschaft mit der Union. Nur mit einer Vereinbarung über die innere Sicherheit,

so regte sie an, sei es überhaupt möglich, effizient zu handeln. Und Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, forderte, dass die EU fähig werden müsse, eine Weltpolitik zu führen, die diesen Namen auch wirklich verdiene. Dafür sei nicht nur eine «Emanzipation der Verteidigungspolitik» nötig, sondern auch eine Abkehr vom Einstimmigkeitszwang ins Auge zu fassen mit dem Ziel, zeitgerecht entscheiden zu können.

Und schliesslich machte der damals noch amtierende deutsche Aussenminister, Sigmar Gabriel, wie bereits letztes Jahr aus seiner Abneigung gegen eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf eine Marke von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts keinen Hehl. Mit einem künftigen Verteidigungsbudget von rund 70 Milliarden Euro gewänne Deutschland eine militärische Vormachtstellung, die im Kreis der NATO- und EU-Partner nur Misstrauen säen würde.

Die Statements und Diskussionen zu Fragen europäischer Sicherheit zeigten, dass die aussen- und verteidigungspolitischen Vorstellungen zum Teil recht weit auseinanderliegen, dass die «Fliehkräfte stärker werden», wie der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz konstatierte. Nicht zuletzt aus diesem Grund bewegen sich die gegenwärtigen verteidigungspolitischen Aktivitäten ja auch grösstenteils auf dem Feld von Rüstungstechnologie und Organisationsmechanik.

Kriegsgefahr

Wie nicht anders zu erwarten, lösten Beurteilungen der Lage in Korea und des Wiederauflebens nuklearstrategischer Fragen ebenfalls ein starkes Echo aus.



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Der Sicherheitsberater Präsident Donald Trumps, Generalleutnant Herbert R. McMaster, geisselte Nordkorea und andere «Schurkenregimes» wie Iran mit harten Worten. Es gelte Kim Jong Un unter steigenden Druck zu setzen. Nordkorea dürfe sich nie und nimmer als Atommacht etablieren. McMaster widersprach Auffassungen, wonach die neue amerikanische Nuklearstrategie und insbesondere die Entwicklung von Atomwaffen kleinerer Kaliber die Kriegsschwelle senkten, was anwesende amerikanische Politiker bekräftigten. Auch eine «Strategie der blutigen Nase» gegenüber Nordkorea, wie dies in Zeitungsartikeln gelegentlich erwähnt

Herbert Raymond McMaster Sicherheitsberater von Präsident Trump.

worden sei, könne keine Rede sein, gab der Stellvertreter des Staatssekretärs, John Sullivan, zu verstehen. Hingegen wächst die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung unter Einsatz von Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel in den Augen der chinesischen Parlamentarierin Fu Ying. Deshalb sei eine Verhandlungslösung unbedingt anzustreben, erklärte sie, räumte aber gleichzeitig ein, dass die Einflussmöglichkeiten Chinas nicht überschätzt werden dürften.

Schliesslich gab sich auch der russische Aussenminister Sergei Lawrow davon überzeugt, dass das Konfliktpotenzial dramatisch wachse. Die Partnerschaft der NATO mit osteuropäischen Staaten habe in Russlandfeindschaft umgeschlagen. Eine Möglichkeit zur Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung wollte Lawrow unter anderem in einer Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erkennen. Auf das Angebot McMasters, mit Russland einen Dialog über die Cyber-Bedrohung zu führen, wenn Moskau ehrlich daran interessiert sei, ging Lawrow nicht ein; und auch den Vorwurf, Russland verletze das INF-Abkommen von 1987 überhörte der gewandte Aussenpolitiker.

Erstaunt zeigte sich der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana über die «Fahrlässigkeit», mit der über nukleare Kriegsmittel diskutiert werde. Und genau aus diesem Grund votierten sowohl Beatrice Fihn, die den letztjäh-



Bilder: MSC/Kuhlmann

15. April 2018




Jacqueline Hofer
bewegt-duebendorf.ch

**In den Dübendorfer Stadtrat
Für Sicherheit & Stabilität**

- ~ Gemeinderatspräsidentin 2015/2016
- ~ Gemeinderätin SVP seit 2008
- ~ Kantonsrätin SVP seit 2011
- ~ Mitglied Justizkommission des Kantons Zürich
- ~ Vorstand Kantonaler Gewerbeverband Zürich
- ~ Präsidentin Bezirksgewerbeverband Uster

Jede Stimme zählt! Besten Dank für Ihre Unterstützung.



**BUNDESBRIEF
MUSEUM**

**GESCHICHTE DER
EIDGENOSSEN**

DAS BUNDESBRIEFMUSEUM IN SCHWYZ ERKLÄRT DIE GESCHICHTE DER ALTEN EIDGENOSSENSCHAFT ANHAND VON ORIGINALURKUNDEN.

IM ZENTRUM STEHT DER BERÜHMTE BUNDESBRIEF VON 1291.

DANEBEN FASZINIERT DIE WERTVOLLE SAMMLUNG VON FAHNEN UND KRIEGSBANNERN DURCH DIE SPANNENDEN HISTORISCHEN HINTERGRÜNDE.

FREIER EINTRITT UND KOSTENLOSE FÜHRUNGEN FÜR MILITÄR IN UNIFORM.

BUNDESBRIEFMUSEUM SCHWYZ
BAHNHOFSTRASSE 20
6430 SCHWYZ
TEL. 041 819 20 64
BUNDESBRIEFMUSEUM@SZ.CH
WWW.BUNDESBRIEF.CH



HTW Chur
Hochschule für Technik und Wirtschaft
University of Applied Sciences

Executive MBA

- Für Generalstabsoffiziere
- Für Absolventinnen/Absolventen Truppenkörper

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



Die Managementweiterbildung ist die ideale Ergänzung zur militärischen Führungsausbildung. Sie erarbeiten sich Wissen und Werkzeuge in der Betriebswirtschafts- und Managementlehre.

htwchur.ch/management-weiterbildung

rigen Friedensnobelpreis für die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) entgegengenommen hatte, engagiert für eine Ächtung atomarer Waffen. Sie wurde dabei von António Guterres, dem Generalsekretär der UNO, unterstützt.

Türkische Alleingänge

Eine gemeinsame Linie wurde auch bei der Beurteilung der verworrenen Lage in Syrien nicht gefunden. So zeigten die Erklärungen des türkischen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım, dass sein Land die eigenen Interessen weit höher wertet als eine gemeinsame Strategie mit den Vereinigten Staaten und der NATO bei der Suche nach einer Friedenslösung im Nahen und Mittleren Osten. Einig waren

«Für den Verteidigungsminister (BR Parmelin, Red) bot München eine gute Gelegenheit, einen Gesamteindruck der sicherheitspolitischen Lage und Diskussion zu erhalten und darüber hinaus bilaterale Gespräche zu führen.»

sich hingegen McMaster und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu in ihrer Einschätzung der Bedrohung durch Iran, das seine Einflussphäre bis ans Mittelmeer ausdehnen wolle. Netanyahu verglich den auch von McMaster deutlich kritisierten Atomvertrag mit Teheran mit dem Münchner Abkommen von 1938. Er drohte Iran unverhohlen mit harten militärischen Massnahmen, falls Iran seine Ambitionen überdehnen sollte.

Vor diesem Hintergrund trat die Diskussion über die weitgehende Ausschaltung des Islamischen Staates als Territorialmacht in den Hintergrund. Sowohl der Direktor der nationalen Nachrichtendienste der USA, Dan Coates, als auch der damalige deutsche Innenminister, Thomas de Maizière, gaben zu verstehen, dass die Terrorgefahr damit noch keineswegs gebannt sei. De Maizière setzte einen starken Akzent auf die Prävention, das heisst:

auf die Früherkennung möglicher Terroristen. Die Radikalisierung beginne im Kreis von Menschen und weniger durch den Internetkonsum, wie anfänglich angenommen. Zudem müsse man sich realistisch eingestehen, dass Flüchtlingsströme durch Terroristen benutzt würden. Er und Coates forderten eine noch engere Kooperation zwischen Nachrichtendiensten und Polizeistellen, auch mit Russland.

Die Sicht Bundesrat Parmelins

Wie Bundesrat Guy Parmelin gegenüber der ASMZ sagte, hat die Sicherheitskonferenz die weltweiten Divergenzen und Konflikte deutlich gezeigt, auch wenn die Lage in Ostasien (Korea, Ost- und Südchinesisches Meer) weniger eingehend thematisiert worden sei als am letztjährigen Shangri-La-Dialog des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in Singapur. In Parmelins Augen bildete die Konferenz in München die Realität ab: massive Divergenzen zwischen dem Westen und der Russischen Föderation, offene Feindschaft zwischen Israel und Iran, Verunsicherung zwischen Westeuropa und den USA. Man habe nicht erwarten können, dass in München eine Annäherung der Standpunkte erfolgen würde. Die Bemühungen müssten nun in erster Priorität darauf ausgerichtet werden, eine weitere Verschlechterung zu verhindern.

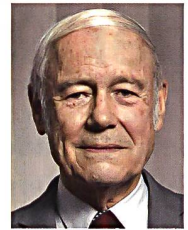
Für den Verteidigungsminister bot München eine gute Gelegenheit, einen Gesamteindruck der sicherheitspolitischen Lage und Diskussion zu erhalten und darüber hinaus bilaterale Gespräche zu führen. Er legte schliesslich Wert auf die Feststellung, dass die Grundlinien der schweizerischen Sicherheitspolitik – Selbständigkeit, Kooperation und Engagement – nach wie vor richtig sind: Selbständigkeit in der Analyse und Entscheidung, Kooperation bei Massnahmen zur Bewältigung von Bedrohungen und Gefahren sowie Engagement dort, wo dies für die Sicherheit der Schweiz und ihres Umfeldes nützlich und mit unseren Mitteln möglich ist. ■



Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH

Aus dem Bundeshaus

In Zeitabfolge geht es um: Geschäftsbericht 2017, Armeebotschaft 2018, Informationssicherheit, Wehrpflichtersatz, Cyberdefence und Luftverteidigung «Air2030».



Der Bundesrat (BR) verabschiedete am 14. Februar 2018 sowohl seinen Geschäftsbericht 2017 (18.001) als auch die Armeebotschaft 2018 (18.022). Er berichtet über geänderte Verordnungen als Folge des revidierten Militärgesetzes (MG) sowie über seine Grundsatzentscheide «zum Schutz des Schweizer Luftraums» und, dafür «maximal acht Milliarden Franken zu planen». Er will die langfristige Bestandesentwicklung «von Armee und Zivilschutz mit qualifizierten Dienstpflichtigen näher untersuchen». Der BR beantragt Verpflichtungskredite über 2053 Millionen Franken in vier Bundesbeschlüssen über das «Rüstungsprogramm 2018» (848 Mio.), über die «Rahmenkredite für Armeematerial 2018» (742 Mio.), über das «Immobilienprogramm VBS 2018» (463 Mio.) und über die «Ausserdienststellung von Waffensystemen 2018» (gemäss Artikel 109a Absatz 4 MG), insbesondere ein Teil Raumschützjäger «Tiger F-5», Festungsartillerie, Panzerjäger sowie nicht werterhaltene Panzerhaubitzen und Raupentransportwagen.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-NR) widerrief ihren Eintretensentscheid zur Vorlage des Bundesrates (BR) für ein Informationssicherheitsgesetz (17.028), nachdem der Ständerat (SR) diese bereits einstimmig angenommen hatte. Es lägen nur grobe Schätzungen zu Finanzen und Personal vor. Der SR als Zweitrat änderte den Wehrpflichtersatz (17.055/14.3590) und genehmigte die Motion «Ein Cyberdefence-Kommando mit Cybertruppen für die Schweizer Armee» (17.3507).

Der BR beschloss am 9. März 2018, dem Parlament seine Grundsatzentscheide von 2017 (siehe oben!) in Form eines Planungsbeschlusses zum «Programm Air2030» vorzulegen, der dem fakultativen Referendum untersteht (Artikel 28 Absatz 3 Parlamentsgesetz). Er verwarf die zwei Varianten Revision MG und Armeebotschaft.

*Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3006 Bern*